

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 105 (2008)
Heft: 4

Artikel: "Die Stigmatisierung ist Gift für die allseits geforderte Integration"
Autor: Bruderer, Pascale / Bachmann, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840287>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Stigmatisierung ist Gift für die allseits geforderte Integration»

Wer psychisch krank ist, leidet unter Stigmatisierung. Das sagt SP-Nationalrätin Pascale Bruderer. Als Präsidentin von Pro Mente Sana baut sie deshalb Vorurteile ab und klärt Missverständnisse auf. Für die ZESO beantwortet sie sechs Fragen zur Verantwortung von Politik und Gesellschaft im Umgang mit psychisch Kranken.

1 Als Präsidentin von Pro Mente Sana setzen Sie sich für die Anliegen von psychisch Kranken ein und wollen ihnen in der Öffentlichkeit eine Stimme geben. Was tun Sie konkret?

Pro Mente Sana versteht sich als eigentliche Lobby von Menschen mit psychischen Erkrankungen: Wir vertreten ihre Interessen und Anliegen sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft.

Politisch versuchen wir Einfluss zu nehmen auf den Gesetzgebungsprozess; Beispiele dafür sind die IV-Revisionen, das neue Erwachsenenschutzrecht oder das geplante Präventionsgesetz. Auf gesellschaftlicher Ebene steht die Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund, denn es besteht nach wie vor enormer Informationsbedarf. Wer psychisch erkrankt, wird leider bis heute sehr oft stigmatisiert. Das ist Gift für die allseits geforderte und erwünschte Integration! Deshalb kämpft Pro Mente Sana mit Informationsangeboten und aktiver Sensibilisierung gegen Stigmatisierung an – und erzielt dabei immer wieder erfreuliche Fortschritte. Doch es gibt weiterhin sehr viel zu tun. Wir müssen Vorurteile beseitigen, Missverständnisse klären und Brücken bauen.

Last but not least: Betroffene, Angehörige und Fachpersonen erhalten konkrete Unterstützung bei der Beratungs-Hotline unserer Geschäftsstelle – und zwar sowohl bei psychosozialen als auch rechtlichen Fragen.

2 Die Zahl psychisch kranker Menschen hat in unserer Gesellschaft innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte stark zugenommen. Braucht es seitens des Bundes und der Kantone Massnahmen?

Mir ist es offen gesagt ein Rätsel, weshalb die psychische Gesundheit auf politischer Ebene nur ungenügend Beachtung findet. Schliesslich ist sie nicht nur für das Wohlbefinden des einzelnen Menschen sowie seines Umfelds zentral, sondern eben auch von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Massnahmen tun also unbedingt not, ja: Die Gesundheitspolitik von Bund und Kantonen muss besser koordiniert, die Suizidprävention gezielt gefördert werden. Weiter ist die Verlagerung der Behandlung von den Kliniken hin zu ambulanten Angeboten und aufsuchender Betreuung durch mobile Equipen voranzutreiben; denn im in-

ternationalen Vergleich ist die psychiatrische Versorgung bei uns zu stark auf die Kliniken fokussiert. Dringenden Handlungsbedarf sehe ich ausserdem beim fehlenden Nachwuchs an psychiatrischem Facharzt-Personal.

3 Unter dem Motto «Eingliederung statt Rente» ist die 5. IV-Revision seit Anfang 2008 in Kraft. Wird sich die Früherfassung und Früherkennung für Menschen, die psychisch krank sind, auszahlen?

In der Vergangenheit hat sich die IV viel zu spät aktiv um die berufliche Integration der Versicherten gekümmert. Bis die Eingliederungsmassnahmen griffen, ging wertvolle Zeit verloren – oft vergingen 18 Monate oder noch mehr, in denen die betroffene Person arbeitsunfähig war. Der Entscheid im Rahmen der 5. IV-Revision, künftig früher tätig zu werden, war also zweifellos richtig.

Dort, wo es um die Erhaltung von Arbeitsplätzen geht – also darum, dass Versicherte, die psychisch erkranken, nicht auch noch ihre Stelle verlieren –, erweisen sich die neuen Instrumente der Früherfassung und Frühintervention als nützlich. In diesen Situationen ist eine grosse Bereitschaft von vielen Arbeitgebenden zu spüren, bei der Suche nach Lösungen mit den IV-Stellen zusammenzuwirken. Diesbezüglich haben die Firmen ja auch einen finanziellen Anreiz zur aktiven Mitwirkung, da die Invalidisierung von Arbeitnehmenden die Pensionskasse belastet.

Weit weniger optimistisch beurteile ich die Situation von Versicherten, die eine neue Stelle suchen. Die Schwelle für den Eintritt in den primären Arbeitsmarkt bleibt für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung auch nach der 5. IV-Revision leider ausserordentlich hoch.

4 Der Zugang zu einer IV-Rente wird für Menschen mit einem seelischen Leiden im Rahmen der 5. IV-Revision eingeschränkt. Fachleute der Sozialhilfe befürchten, dass es zu einer Kostenverlagerung von der IV zur Sozialhilfe kommen wird. Ihre Einschätzung?

Ich teile diese Befürchtung. Die IV-Stellen stehen unter einem enormen Spardruck und entscheiden entsprechend restriktiv – teilweise zu restriktiv:

Renten werden in vielen Fällen mit Begründungen verweigert, die einer sachlichen Überprüfung nicht stand-

halten. Einerseits zeigen dies die Erfahrungen der Rechtsdienste von Pro Mente Sana und weiteren Behindertenorganisationen. Andererseits belegt das auch die hohe Gutheissungsquote bei Beschwerden gegen negative Rentenentscheide an die kantonalen Sozialversicherungsgerichte. Eine Kostenverlagerung von der IV zur Sozialhilfe erscheint bei dieser Ausgangslage unvermeidlich.

Eine gewisse Entspannung erhoffe ich mir von der IV-Zusatzfinanzierung, die eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Jahre 2010 bis 2016 vorsieht. Die erforderliche Verfassungsänderung wurde vom Parlament bereits verabschiedet, braucht nun aber noch die Zustimmung von Volk und Ständen. Gemeinsam mit anderen Behindertenorganisationen wird sich Pro Mente Sana mit vollem Engagement dafür einsetzen, dass die Vorlage am 17. Mai 2009 angenommen wird.

5 Welche Erwartungen stellen Sie an die Fachleute der Sozialhilfe?

Der Umgang mit Klientinnen und Klienten, die psychisch beeinträchtigt sind, kann hohe Anforderungen an die Fachleute der Sozialhilfe stellen. Psychische Erkrankungen verlaufen meist instabil, entsprechend unabsehbar sind teils Verhalten und Reaktionen.

Verständnis, Geduld und genügend Zeit für die Gespräche sind sicher wichtig. Stresssituationen und vor allem auch Vorurteile erschweren hingegen die Kontakte.

Je grösser das Wissen der Fachleute über psychische Krankheiten und ihre Auswirkungen ist, desto besser sind die Voraussetzungen – entsprechende Weiterbildungen erachte ich deshalb als hilfreich und empfehlenswert.

6 Wie sollen Gesundheitsförderung und Prävention bei psychisch Kranken konkret ausgestaltet werden und welchen Beitrag kann die Sozialhilfe dabei leisten?

Im Vernehmlassungsentwurf zum neuen Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung werden die psychischen Krankheiten zu Recht explizit als einer jener Bereiche genannt, die zu regeln sind. Von diesem Gesetz erwarten wir entscheidende Impulse.

Ideal wäre es, wenn in der Schweiz nach dem Vorbild Schottlands (www.seemescotland.org.uk) eine nationale Kampagne realisiert würde, die der Stigmatisierung und Diskriminierung entgegenwirkt: Die breite Bevölkerung wird umfassend informiert über psychische Krankheiten sowie über Verhaltensweisen, welche die psychische Gesundheit erhalten und stärken. In diese Richtung sollten wir auch in der Schweiz aktiv werden, damit die psychische Gesundheit vom Schattendasein erlöst und in das öffentliche Rampenlicht gerückt wird.



Pascale Bruderer ist seit 2006 Präsidentin der schweizerischen Stiftung Pro Mente Sana. Die 31-jährige Politikwissenschaftlerin sitzt für die SP im eidgenössischen Parlament und ist aktuell Vizepräsidentin des Nationalrats. Seit diesem Frühjahr amtiert die Aargauerin zudem als eine von fünf Vizepräsidentinnen und -präsidenten der SP Schweiz.

Pro Mente Sana setzt sich seit über 30 Jahren für die Anliegen von psychisch erkrankten Menschen ein. Die Stiftung kämpft für gesicherte Rechte sowie soziale und berufliche Integration der betroffenen Personen. Zum Angebot von Pro Mente Sana gehören Beratung, Informationen und Möglichkeiten zur Diskussion zwischen Betroffenen, Angehörigen und Fachleuten.

Beratungs-Hotline für Betroffene, Angehörige und Fachpersonen: 0848 800 858

Weitere Infos: www.promentesana.ch

Zu dieser dringend nötigen Sensibilisierung kann auch die Sozialhilfe einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie mithilft, das Thema psychische Krankheiten zu enttabuisieren. Insbesondere sollen Klientinnen und Klienten, bei denen erste Anzeichen für eine psychische Störung auftreten, auf die Möglichkeiten psychiatrischer und psychotherapeutischer Hilfe aufmerksam gemacht werden. ■

Die Fragen stellte
Monika Bachmann